



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir möchten uns bei unseren Wählerinnen und Wählern ganz herzlich bedanken! Sie haben uns durch ihre Stimme bei der Kommunalwahl 2009 wieder zu unseren zwei Ratsmandaten verholfen!

Wir werden uns bemühen, das uns entgegengebrachte Vertrauen nicht zu enttäuschen und uns aktiv für die in unserem Wahlprogramm gesteckten Ziele einzusetzen.

Leider ist es uns nicht gelungen, ein drittes Ratsmandat zu erlangen. Damit haben wir noch nicht den Fraktionsstatus erreicht. Trotzdem können wir als Gruppe im Rat der Stadt wieder sechs Ausschüsse als beratende Mitglieder besetzen.

In der neuen Legislaturperiode werden wir wieder an kommunalen Aufgaben und Projekten arbeiten, wie z.B. die kommunale Umsetzung der Sozi-

algesetze, des KiBiz, an Stadtentwicklungsprojekten wie den Umbau des Kesselbrinks und dem Ausbau der Detmolder Straße. Dies geschieht alles vor "leeren Kassen im Bund, Land und unserer Stadt, nicht nur aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise.

Die Mitglieder von **BÜRGERNÄHE** und weitere Aktive haben nach der Wahl bereits wieder Arbeitsgruppen ins Leben gerufen, um uns in der Ausschuss- und Ratsarbeit zu unterstützen. Dies sind die AG-Stadtentwicklung mit dem Ansprechpartner Christian Heißenberg, die AG-Energie mit dem Ansprechpartner Hans-Joachim Ludwig und die AG-Soziales mit der Ansprechpartnerin Barbara Geilhaar. Zu einer weiteren AG-Öffentlichkeitsarbeit wird Sven Terlinden einladen.

In diesem Ratsinfo haben wir vor allem unsere programmatischen Aussagen im Wahlkampf zusammengestellt. Diese werden wir kontinuierlich weiterentwickeln und als Basis und Leitlinien für unsere Ratsarbeit berücksichtigen.

Wir bewegen uns auf das Jahresende 2009 zu. Deshalb wollen wir nicht versäumen, auf diesem Wege allen Unterstützerinnen und Unterstützern ein „Danke schön“ zu sagen. Unser besonderer Dank gilt unserem Gruppengeschäftsführer Christian Heißenberg. Er ist aus unserem Büro im Rathaus nicht mehr wegzudenken!

Wir wünschen Ihnen/Euch besinnliche und erholsame Feiertage sowie viel Glück, Gesundheit und persönlichen Erfolg für das Jahr 2010!

Ihre/Eure Vertreter im Rat der Stadt Bielefeld

Martin Schmelz

Dr. Harald Wixforth

Aktion: Klimaschutz jetzt! In diesem Ratsinfo liegt ein Musterbrief an die Stadtwerke Bielefeld. Falls Sie (noch) Kundin/Kunde der Stadtwerke Bielefeld sind, senden Sie diesen Brief zur Weiterleitung an uns oder direkt an die Geschäftsführung der Bielefelder Stadtwerke! **Vielen Dank!**

Ratsinfo 12/2009 - unsere Themen:

- Offener Brief an den Oberbürgermeister
- Das Kinderbildungsgesetz auf dem Prüfstand
- 5 vor 12: Fünf Fragen von Bielefelder Eltern
- **BÜRGERNÄHE** gegen Genfood
- Klartext: Arme Kinder - armes Bielefeld
- **BÜRGERNÄHE** zum geplanten Waldverkauf (Sennestadt)
- Pastorengarten: Mehr Bürgerbeteiligung erforderlich!
- Zur Integration von Menschen mit Behinderungen
- Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle!
- Offener Brief an die Geschäftsführung der Stadtwerke Bielefeld
- Redebeitrag zum Antrag der SPD-Fraktion in der Ratssitzung vom 26.11.2009: Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben
- MoBiel übernimmt Buslinien der BVO

BÜRGERNÄHE

Unabhängige Wählergemeinschaft

Informationen aus der Ratsgruppe

2

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pit Clausen!

*Wir gratulieren Ihnen zu Ihrem neuen Amt als Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld, und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der nachhaltigen Gestaltung unserer Stadt! Diesbezüglich sichern wir Ihnen die Unterstützung der Ratsvertreter von **BÜRGERNÄHE** zu.*

Allerdings haben wir schon zu Beginn Ihrer neuen Amtszeit einige kritische Anmerkungen zu machen. Herr Clausen, wenn Sie die durchgeführte Ausschreibung für die Stelle einer/es Dezernentin/ten für das Dezernat 2 (Schule/Bürger/Kultur) „sauber“ abgearbeitet haben, dann müsste es aus unserer Sicht bei der großen Anzahl der Bewerber, auch einen 2. und 3. Favoriten geben, der nach der Absage von Herrn Hintzsche die Stelle besetzen könnte. Eine erneute Ausschreibung halten wir deshalb für nicht erforderlich.

Nicht nur die Pressemitteilung über einen möglichen Bewerber aus Gütersloh lässt dagegen den Verdacht aufkommen, dass bei dieser Stellenbesetzung wieder einmal der „Filz“ regiert hat, und die anderen Bewerberinnen und Bewerber keine wirkliche Chance auf diese Stelle hatten. Eine solche, rein formale Ausschreibung ist eine Farce und düpiert mögliche Bewerberinnen und Bewerber.

Wir gestehen Ihnen, Herr Clausen, ja zu, dass Sie bei einer solchen Stelle einen Favoriten haben. Trotzdem

ist es eine Sache des Anstands und der Fairness, dass alle Bewerbungen auf eine solche Stelle sorgfältig geprüft und nach einer Vorauswahl auch mehr als eine Bewerberin bzw. ein Bewerber die Chance für ein Vorstellungsgespräch etc. haben müssen!

Angesichts des derzeitigen Haushaltsdefizits erwarten wir zudem von Ihnen und allen Fraktionen, noch einmal darüber nachzudenken, wie groß der Verwaltungsvorstand wirklich sein muss, und ob es nicht wichtiger ist, mehr Stellen in der Verwaltung zu schaffen und behalten zu können.

Denn schon heute kommt kein kommunales Projekt mehr ohne externen Sachverstand und die Vergabe von Dienstleistungen an Private aus. Statt immer mehr „fremden Sachverstand“ teuer bei privaten Unternehmen einzukaufen, müssen Stadtverwaltung und städtische Eigenbetriebe ausreichend Personal, vor allem auf den ausführenden Ebenen, für ihre vielfältigen Aufgaben vorhalten können.

Wir haben jedenfalls unter den gegebenen Umständen weder der Aufhebung der Ausschreibung, noch einer Neuausschreibung der Stelle zugestimmt!

Ihre Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE**

Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) auf dem Prüfstand: BÜRGERNÄHE nimmt kritisch Stellung

*Das Platzangebot für Kinder unter 3 Jahren soll in Bielefeld kontinuierlich ausgebaut werden. Wir sind der Meinung, für unsere Kinder nur das Beste! **Was tun wir, damit die Bildung, Betreuung und Erziehung unserer jungen Bielefelder/innen qualitativ hochwertigen pädagogischen Standards genügt?***

Aus Sicht von **BÜRGERNÄHE** sollen alle Kinder, unabhängig in welcher Familie sie geboren werden, die gleichen Erziehungs- und Bildungschancen haben. Diese haben sie als Kind nur dann, wenn die Betreuungs- und Bildungsangebote für die Eltern kostenlos sind. Das heißt, Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche müssen von allen Steuerzahlern finanziert werden, und nicht nur von den Eltern! Nur so kann man hochwertige pädagogische Standards sichern! Eltern müssen ein gesetzlich abgesichertes Recht auf einen Platz in der Betreuung haben.

Bielefeld möchte die familienfreundlichste Stadt in NRW werden. Wenn Bund und Land den Kommunen nicht ausreichende finanzielle Mittel für

qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stellen, sind die Kommunen selbst gefordert! Alle Parteien sind sich zumindest in ihren "Lippenbekenntnissen" einig: „Unsere Kinder sind unsere Zukunft!“. Die Erziehung und Bildung unserer Kinder sind die wichtigsten Grundlagen für ein gelingendes soziales Miteinander (Solidarität) und die Bereitschaft und Fähigkeit der Jugendlichen und späteren Erwachsenen, sich für ihr persönliches Wohlergehen und die Ziele unserer Gemeinschaft erfolgreich einzusetzen.



Es gibt immer mehr Kommunen, die z.B. für Familien mit Kindern erhebliche finanzielle Zuschüsse für einen Bauplatz oder für ein Eigenheim zahlen. In den Kindertagesstätten ist das Geld noch viel besser angelegt!

Eltern wollen ihre Kinder in der Kita von qualifiziertem und vertrautem Fachpersonal liebevoll umsorgt wissen. Dabei müssen die Öffnungszeiten den individuellen Bedarfen angepasst sein. Eltern erwarten eine/n fachkompetente/n Ansprechpartner/in, der/die fundiert über die Entwicklung ihres Kindes Auskunft geben kann und bei Bedarf auch beratend und unterstützend zur Seite steht.

Was tun wir, damit die berechtigten Erwartungen der Eltern umgesetzt werden können?

Wir können die Kritik am Kinderbildungsgesetz (KiBiz) unserer Landesregierung nur bestätigen. KiBiz hat zwar in Bielefeld zu einem quantitativen Ausbau der Plätze, insbesondere für Kinder unter 3 Jahren geführt, dabei ist aber die Bildungsqualität „auf der Strecke“ geblieben! Die Finanzierung über Kindespauschalen erzielt für die Landesregierung Einsparungen, die sich in der Praxis negativ auswirken. Für das Personal ist kaum noch ausreichend Zeit zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Arbeit vorhanden. Berufspraktikanten sind in der Ausbildung und dürfen deshalb nicht auf den Stellenplan angerechnet werden. Vielmehr muss zur Anleitung und Betreuung der Berufspraktikanten (Vor- und Nachbesprechungen, etc.) zusätzliche Zeit für das Fachpersonal vorhanden sein.

Leitungsaufgaben, wie z.B. Konzeptionsentwicklung und Evaluation, pädagogische Anleitung, Begleitung und Beratung der Beschäftigten sowie die Elternarbeit können nicht mehr ausreichend erfüllt werden. Die reduzierten Freistellungsanteile werden überwiegend für die Erledigung der notwendigsten Verwaltungsaufgaben gebraucht. Für diese Aufgaben muss ausreichend Zeit zur Verfügung gestellt werden!

Alle Beschäftigten wollen den gesetzlichen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag umsetzen. Die Rahmenbedingungen seit Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) lassen das aber nicht zu!

Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, **das KiBiz so zu verändern, dass es seinen Namen auch verdient!**

Durch KiBiz haben sich für alle Beschäftigten die Arbeitsbedingungen erheblich verschlechtert: Beschäftigte sind in der Zwangslage, Teilzeit zu arbeiten und müssen Nebenjobs annehmen, um ihren Lebensunter-

halt zu bestreiten. Gerade in den pädagogischen Berufen braucht es ein hohes Maß an Qualifikation. Denn die psychischen und physischen Belastungen und Anforderungen an das Personal steigen weiter. Die Gründe dafür sind u.a., dass die Lebensbedingungen der Kinder nicht einfacher geworden sind, z.B. durch die Medien wie Fernsehen, Videos und Computer, Alleinerziehende, Patchworkfamilien etc.. **Nur ein sicherer Arbeitsplatz gewährleistet den dafür erforderlichen Einsatz und sichert für die Fachkräfte die notwendigen Fortbildungen!**

BÜRGERNÄHE ist wohl die einzige politische Gruppierung in Bielefeld, die sich grundsätzlich für die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst einsetzt!



Qualität hat ihren Preis, das KiBiz wird dem aber nicht gerecht! Wir benötigen ein Finanzierungssystem, welches die tatsächlichen Kosten berücksichtigt und eine den Anforderungen entsprechende Bezahlung des Personals zulässt! Dieses können aber nicht auch noch die Eltern mit Kindern finanzieren, sondern muss von der Allgemeinheit über Steuern finanziert werden!

Wir finden es gut, dass die Mitarbeiter/innen sich weiter in hohem Maße engagieren, aber die schlechteren Rahmenbedingungen werden zwangsläufig negative Auswirkungen auf die pädagogische Arbeit haben. Mit weniger Personal und geringerer Sachkostenausstattung kann die Arbeit nicht in der gleichen Qualität geleistet werden! Deshalb ist es wichtig, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben dem Engagement im Beruf auch noch politisch engagieren und versuchen, ihr politisches Schicksal "selbst in die Hand zu nehmen!"

Wir von **BÜRGERNÄHE** brauchen diesbezüglich noch mehr Frauen- und Männerpower, um die derzeitigen Verhältnisse zum Besseren zu entwickeln!

Deshalb: Machen Sie bei uns mit!

BÜRGERNÄHE

Unabhängige Wählergemeinschaft

Informationen aus der Ratsgruppe

4

5 vor 12: Fünf Fragen von Bielefelder Eltern an die Ratskandidaten von BÜRGERNÄHE

1. Im Schul- und Sportausschuss der Stadt Bielefeld sind unter anderem Vertreter/innen von Behinderten, Integrationsrat und Kirche beteiligt. Allerdings fehlt die Beteiligung der Eltern ebenso wie die der Schülerinnen und Schüler völlig.

Frage: Werden Sie sich für eine Stimme der Eltern (§ 58 Abs. 3 GO) im Schul- und Sportausschuss einsetzen?

Antwort: Ja! Das Ziel der Ratsvertreter von BÜRGERNÄHE ist es, mehr BürgerInnenbeteiligung auf allen Ebenen sowie mehr Transparenz bei politischen Beratungen und Entscheidungen zu erreichen. Wir wollen, neben der Beteiligung der Eltern im Schulausschuss, auch einen Jugendstadtrat in Bielefeld, wo Kinder und Jugendliche ihre Ideen und Interessen einbringen und Demokratie praktisch erleben können.

2. Die Schulen brauchen einerseits mehr Arbeitsräume für Lehrerinnen und Lehrer und andererseits mehr Platz für Schülerinnen und Schüler. Klassengrößen um 30 Schüler sind nicht förderlich für die Potentialentfaltung unseres Nachwuchses.

Frage: Werden Sie sich für eine signifikante Erhöhung der Mitteleinsätze für Schulraum einsetzen?

Antwort: Ja! Das so genannte „Musterraumprogramm“ für Schulen und deren Raumbedarfe ist bezüglich der wirklichen Erfordernisse mehr als mangelhaft! Dies zeigt sich extrem in den sonnigen Sommermonaten, wo z.B. bis zu 35 Jugendliche über lange Zeiträume auf engstem Raum lernen und arbeiten sollen! Schulen sollen auch von den Gebäuden her so attraktiv sein, dass die Schülerinnen und Schüler stolz darauf sind, in ihre „Häuser des Lernens und Schullebens“ gehen zu dürfen.

3. Zum Lernen gehören Medien! Schulbibliotheken kommt damit ein hoher Stellenwert im Bildungskanon zu. Die Situation unserer Schulen ist in zahlreichen Fällen in dieser Hinsicht mangelhaft und dringend verbesserungsbedürftig.

Frage: Werden Sie sich für eine erheblich verbesserte Ausstattung der Schulen mit Schulbibliotheken einsetzen?

Antwort: Ja! Allerdings fehlt es vor allem auch an LehrerInnen-Fortbildung in den Bereichen Medienhandhabung und Medienerziehung.



4. Die Erziehung von Kindern braucht neben dem reinen Lernen auch anderweitige Unterstützung. So sind vielfach Helfer aus anderen Disziplinen als der Lehre gefragt. Neben Schulpsychologen haben auch Sozialarbeiter und Jugendhilfe nützliches Potential aufzubieten. Hier ist kommunaler Handlungsspielraum für die positive Entwicklung unserer Kinder.

Frage: Werden Sie sich für einen höheren Einsatz der

Die Ratsgruppe BÜRGERNÄHE positioniert sich eindeutig gegen den "Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO)" in Landwirtschaft und Lebensmitteln („Genfood“)

Die Ratsgruppe BÜRGERNÄHE ist gegen „Genfood“ und gegen Gen-Experimente in der Landwirtschaft!

Die Gründe sind bereits vielfach diskutiert und dargelegt. An dieser Stelle nennen wir nur einige:

- Bisher ist die genaue Wirkung der Mechanismen, mit denen bei Pflanzen und Tieren das Erbgut verändert wird, unklar. Immer wieder tauchen bei Gen-Pflanzen unerwartete Eigenschaften auf.
- Freigesetzte GVO können die Umwelt massiv schädigen. Gen-Pflanzenanbau kann zu Artenrückgang führen und zu neuen, resistenten „Super-Unkräutern“.
- Von Gen-Pflanzen produzierte Gifte reichern sich im Boden an.
- Es ist noch völlig ungeklärt, wie sich der Verzehr von GVO langfristig auf die menschliche Gesundheit auswirkt. Somit werden alle Konsumenten zu Testperso-

nen gemacht.

- Besonders bedenklich sind die Antibiotika-Resistenzen, die in viele bisher entwickelte Gen-Pflanzen eingebaut wurden. Sie können auf Bakterien übergehen und resistente Keime hervorbringen.
- Sind GVO ausgebracht, lassen sie sich nicht mehr aus der Umwelt entfernen.



Schon bei einem geringen Ausmaß an Genpflanzenanbau können die Verbraucher nicht mehr frei wählen, was sie essen. Denn Pollenflug und Verunreinigungen im Saatgut erschweren einen gentechnikfreien Anbau gleichartiger Pflanzen ganz erheblich.

genannten Kräfte an Schulen einsetzen?

Antwort: *Ja! Unbedingt! Eltern und Schulen brauchen u.a. auch wegen dem massiven Einfluss der Medien auf Kinder und Jugendliche, fachkompetente Unterstützung in ihrer Erziehungsarbeit.*

5. Bielefeld hat bezogen auf das Thema Bildung vielfältige Ressourcen, von denen hier nur stellvertretend die Universität genannt werden soll. Außerschulische Kooperationen können die Entwicklung ebenso bereichern, wie Austausch über die Schulen hinweg zur Optimierung und Effizienzmaximierung fachlicher und didaktischer Fragen. In den Schulen kann die Qualitätsdiskussion aufgenommen werden, so wie das Erleben demokratischer Regeln überhaupt einen jungen Menschen gegen Politik- oder gar Demokratieverdrossenheit immunisieren kann. Es gibt viele vorhandene und neue Ideen und Projekte, die der persönlichen Unterstützung aller Kräfte in Bielefeld bedürfen.



Frage: Werden Sie sich regelmäßig für die Entstehung und den Aufbau lokaler Kooperationen zur Verbesserung von Qualität und Transparenz in der Bildung zur Verfügung stellen?

Antwort: *Ja! Wir haben in Bielefeld seit Jahrzehnten an der Universität wertvolle pädagogische Erfahrungs-Ressourcen, z.B. durch die Laborschule und das Oberstufenkolleg. Die weit über Bielefeld hinaus wirkende positive Ausstrahlung dieser Reformeinrichtungen hatte bisher, wenn überhaupt, eine viel zu geringe Wirkung auf die Bielefelder Schullandschaft. Wir setzen uns für wirkliche Ganztagsschulen ein, wo sich Lern-, Spiel-, Arbeits- und Entspannungsphasen über den gesamten Schultag abwechseln. Wir sind gegen die derzeitigen Halbtagschulen mit einem von den Eltern zu finanzierenden Betreuungsanhang. Diese Form des Ganztags ist ein Etikettenschwindel und ein Einsteig in die Erhebung von Schulgeld. Auch die heimlichen Kosten für Eltern im Zusammenhang mit dem Schulbesuch ihrer Kinder, wie z.B. Kopiergeld etc., sind abzustellen! Der Schulträger ist für die räumliche und sächliche Ausstattung verantwortlich!*

Aber wir haben diesbezüglich noch gemeinsam mit den Eltern und Unterstützerinnen/ Unterstützern viele „dicke Bretter“ zu bohren!

BÜRGERNÄHE zum geplanten Verkauf des Waldgrundstückes an der Gildemeisterstraße in Sennestadt

Das von der Verwaltung zum Verkauf vorgesehene Waldgrundstück ist im Rahmen einer Grünraumverbindung zwischen östlichen und westlichen Freiräumen in Sennestadt sowohl im Landschaftsplan als auch im Zielkonzept Naturschutz der Stadt Bielefeld als Naturschutzfläche eingetragen.

Diese Zielvorgaben sind jedoch von der Verwaltung (immer noch) nicht in den gültigen Bebauungsplan eingearbeitet worden. Das hat zur Folge, dass nun, rein rechtlich gesehen, das Planungsrecht über dem Landschaftsschutz steht und der Bestand dieses wertvollen Waldstücks in Gefahr ist!

Aus unserer Sicht handelt es sich hier um einen Wald, der neben seinem alten Mischwaldbestand mit Buche und Eiche eine seltene, schützenswerte Tierwelt beherbergt. Das starke Vorkommen von seltenen Fledermäusen (u.a. Abendsegler), baumbrütender Dohle, Hohltaube, Schwarzspecht usw. macht dieses Waldstück zu einem der letzten Refugien dieser Tiere in Bielefeld. Ein Abholzen und eine Bebauung würde zu einem unwiederbringlichen Verlust dieses Lebensraums führen, welcher auch nicht durch die Ausweisung von Ersatzflächen o.ä. kompensiert werden kann.

Für **BÜRGERNÄHE** ist es unverständlich, dass seitens der Umweltdezernentin im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss keine aufklärenden Informationen bezüglich der ökologischen Wertigkeit dieses Grundstücks vorgebracht wurden, auf dessen Grundlage qualifiziert die Frage über den Verkauf des Waldstückes hätte beraten werden können. Vor dem ökologischen Hintergrund ist allein eine Verkaufsabsicht seitens der Stadt Bielefeld als mindestens fahrlässig zu bewerten. Die Stadt muss durch ein artenschutzrechtliches Gutachten den Wert dieses Grundstücks prüfen.



Eine Bebauung darf auf der Grundlage der offensichtlichen ökologischen Wertigkeit nicht zugelassen werden.

BÜRGERNÄHE spricht sich daher gegen den Verkauf des Waldgrundstückes seitens der Stadt Bielefeld aus. Es muss im Bestand so schnell wie möglich auch planungsrechtlich gesichert werden.

Die Stadt steht in der Pflicht, mit dem betreffenden Logistikunternehmen einen wirtschaftlich günstigen und ökologisch unbedenklichen Standort für eine Betriebserweiterung abzustimmen. An dem jetzigen Standort scheint eine Expansion auch in andere Richtungen nicht möglich.

BÜRGERNÄHE

Unabhängige Wählergemeinschaft

Informationen aus der Ratsgruppe

6

"Klartext: Arme Kinder - armes Bielefeld"

Jedes vierte Kind in Bielefeld, in NRW und in der Bundesrepublik lebt in Armut. Das heißt, es lebt in einem Haushalt, dem pro Kopf weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht.

Allein 11.000 Kinder unter 15 Jahren leben in Bielefeld von Hartz IV. Besonders häufig trifft der Geldmangel Alleinerziehende oder Familien mit mehreren Kindern. Deshalb ist es bitter, aber wahr: Kinder werden inzwischen als "Armutrisiko" bezeichnet. Und sie leiden darunter.

Übergewicht und psychische Krankheiten findet man bei diesen Kindern häufiger. Es gibt kaum Geld für Kino, Freibad oder mal eine Stadtbahnfahrt zur besten Freundin - selbst bei den nötigsten Schulheften oder einem neuen Füller müssen häufig die Wohlfahrtsverbände aushelfen.

Wer in Bielefeld kommunalpolitische Verantwortung übernimmt, muss sich daran messen lassen, was er für die Kinder in Bielefeld tun will. Die Ratsgruppe von **BÜRGERNÄHE** wird sich dafür einsetzen, soziale Härten kommunal abzufedern. Die effektivste Maßnahme gegen (Kinder-) Armut ist sozialversicherungspflichtige und angemessen bezahlte Arbeit für die Eltern!

1. Kinderarmut bekämpfen heißt, die Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern. Arme Kinder kommen aus armen Familien. Familien mit Kindern sind, da sie die Kosten und Investitionen für die Kinder tragen, ökonomisch benachteiligt.

Der öffentliche Dienst gewinnt, besonders vor dem Hintergrund zunehmender wirtschaftlicher Krisen, als Beschäftigungs- und Ausbildungsbereich, insbesondere für junge Erwachsene und Frauen, einen zunehmenden Stellenwert. Nicht nur um Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung und Beurlaubung, z. B.

für die Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können, muss es genügend Stellen geben, in denen es die Chance für ein ausreichendes Einkommen und zur besseren Vereinbarung von Beruf und Familie gibt. Deshalb hat die Stadt als einer der großen Arbeitgeber im Verwaltungsbereich hier eine besondere Aufgabe und Verpflichtung.

2. Kinder, die bei einem alleinerziehenden Elternteil leben, sind zu einem wesentlich höheren Anteil von



Armut bedroht (40,2%) als Kinder, die mit beiden Elternteilen aufwachsen (21,8%).“ (Sozialbericht NRW 2007) .

3. Wir meinen, nur eine Familien- und damit Kindergrundsicherung verhindert Kinderarmut. Alle Kinder sollen anstatt des Kindergeldes eine Grundsicherung in Höhe von 450 € bis 500 € monatlich erhalten. Diese grundsätzliche Forderung hat das Ziel, alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und der Familienform in der sie leben, aus der Armut herauszuholen. Hier ist vornehmlich die neue Bundesregierung gefordert!

BÜRGERNÄHE zur geplanten Bebauung des „Pastorengartens“ in Heepen: Mehr Bürgerbeteiligung notwendig!

Das Verfahren zur Bebauung des „Pastorengartens“ zeigt wieder einmal, dass eine von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptierte und mitgetragene Stadtentwicklungspolitik über die gesetzlichen Vorgaben zur Bürgerbeteiligung hinausgehen muss.

Bevor sich also einige wenige Bezirksvertreter zu Stadtplanern aufschwingen und sich gegenseitig in

ein Preisgericht berufen, sollten die Bürgerinnen und Bürger beteiligt sowie ihre Wünsche, Ortskenntnisse und Kompetenzen berücksichtigt werden. Eine „Heeper Brille“, wie sie die Bezirksvertreter gerne bereit sind zu tragen, wird nur auf diese Art sinnvoll eingesetzt.

Ein Alleingang seitens der Politik führt nicht nur zu einem Gesichtverlust der Bezirksvertreter, sondern auch zu nachhaltigen Schäden, was z.B. das Heeper Ortsbild angeht. Wie es derzeit um dieses Ortsbild insgesamt bestellt ist, hat der Vorsitzende des Preisgerichts, Herr Prof. Carlo Weber, dargestellt, wenn

auch etwas verklausuliert als „...in-homogenes Gebäude- und Dachlandschaftsbild...im Gegensatz zu vielen süddeutschen Städten...“. Kein gutes Zeugnis für die Heeper Stadtplaner!

Allein die Hartnäckigkeit der Heeper Bürgerinnen und Bürger hat immerhin bewirkt, dass jetzt noch einmal ganz neu über die Bebauung des Pastorengartens nachgedacht wird.

BÜRGERNÄHE fordert daher die Verwaltung und die politischen Entscheidungsträger auf, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort früh-

"Klartext: Arme Kinder - armes Bielefeld"

- Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE** ist für Mindestlöhne. Ein Mindestlohn mindert Kinderarmut: Um ein die Existenz sicherndes Einkommen zu erwirtschaften, muss ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt werden (50% des durchschnittlichen Vollzeitlohns). Denn von den 2/3 erwerbstätigen allein erziehenden Müttern sind knapp 50% Vollzeit beschäftigt und gleichzeitig in sehr hohem Umfang von Transferleistungen abhängig. Die Stadt Bielefeld kann und muss diese politische Forderung für alle kommunal Beschäftigten freiwillig umsetzen!
- Die bestehenden Kinderregelsätze verhindern keine Kinderarmut: Für Kinder müssen eigene – unabhängig vom Verbrauchsverhalten Erwachsener abgeleitete – Regelsätze entwickelt werden. Sie müssen die besonderen Bedarfe von Kindern unterschiedlicher Altersgruppen berücksichtigen (Einschulung, Nahrungsmittel, Teilhabe, etc.)
- Eine Verlängerung des Elterngelds kann Kinderarmut mindern: Im Falle von Alleinerziehenden ist ein Bezug über 14 Monate nur bei alleiniger Sorgerecht möglich. Da die Ausübung der Betreuung aber nicht von der Form des Sorgerechts – bei getrennten Eltern in der Regel ein Entscheidungsrecht - abhängt, steht dem betreuenden Elternteil das Elterngeld für die volle Bezugsdauer zu, da es Vater- und Muttermonate gleichermaßen erfüllt.
- Verlässliche Unterhaltszahlungen mindern Kinderarmut: Unterhaltsansprüche der Kinder müssen leichter und schneller durchgesetzt werden können. Zur Durchsetzung des Kindesunterhalts müssen Unterstützungsmaßnahmen der Jugendhilfe ausgebaut und alle Rechtsgrundlagen ausgeschöpft werden, damit Kinder nicht von staatlichen Transferleistungen abhängig werden.
- Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE** fordert kostenlose Angebote von Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen. Statt des kostenpflichtigen Betreuungsanhangs in den Schulen fordern wir wirkliche Ganztagschulen, wo sich Lern- und Erholungsphasen über den ganzen Lerntag verteilen.
- Die heimlichen Kosten für Kinder in Schulen (Kopiergeld, etc.) müssen entfallen. Diese Kosten summieren sich für Eltern und Familien mit Kindern zu erheblichen Beträgen. Der Schulträger ist für eine ausreichende räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen verantwortlich. Lernmittelfreiheit muss generell wieder durchgesetzt werden!!!
- Die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE** ist darüber hinaus für die Einführung eines Bielefeld-Passes und ein Sozialticket für den ÖPNV. Wir setzen uns für möglichst viele kostenlos nutzbare Freizeiteinrichtungen ein, insbesondere für Kinder und Jugendliche.
- Unterhaltsvorschuss mindert Kinderarmut: Durch den Unterhaltsvorschuss muss - solange keine Kindergrundsicherung eingeführt ist - die Existenzsicherung der Kinder, mindestens bis zur Volljährigkeit gewährleistet sein.
- Der Kinderzuschlag mindert keine Kinderarmut in Einelternfamilien: Der Kinderzuschlag ist kein geeignetes Mittel, Kinder in Einelternfamilien aus der Armut herauszuholen. Das zu berücksichtigende Einkommen der Eltern soll um einen Freibetrag in Höhe des pauschalisierten Existenzminimums der Alleinerziehenden reduziert werden. Der Betrag des Kinderzuschlags muss auf mindestens 150 Euro angehoben werden, damit das sächliche Existenzminimum eines Kindes gedeckt werden kann (Kinderzuschlag plus Kindergeld). Die Anrechnung des übersteigenden Einkommens darf nicht mehr in Höhe von 70 sondern nur von 50 Prozent erfolgen. Die Befristung der Bezugsdauer auf drei Jahre soll abgeschafft werden.

zeitig und aktiv an solchen Planungsprozessen zu beteiligen. Im Bebauungsplanverfahren

die berechtigten Anliegen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger nicht nur der Form halber, sondern gerade auch inhaltlich berücksichtigt werden, um das beste Ergebnis zu erzielen.

gemeinsam von Fachleuten und Bürgerinnen und Bürgern konkrete Entwürfe erarbeitet werden sollen.



Ein gutes Beispiel war bisher die Neuplanung des Kesselbrinks. Die frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hat ein interessantes und breites Planungsfundament geschaffen, auf dessen Grundlage jetzt

Ein solcher demokratischer Planungsprozess bietet auch für Heepen die Chance, dass auf Grundlage eines breiten Konsenses ein neuer, Identität stiftender Ort entsteht. Dessen Akzeptanz wird zu funktionierenden Nachbarschaften führen, welche die Altenwohnanlage mit ihren Nutzern sozial in den Ort integrieren.

Christian Heißenberg

BÜRGERNÄHE zur Integration von Menschen mit Behinderungen

Der Begriff „Menschen mit Behinderungen“ umfasst Menschen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesschädigungen, die im Zusammenwirken mit verschiedenen Barrieren daran gehindert sein können, gleichberechtigt mit anderen uneingeschränkt und wirksam am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen sollen in unserer Gesellschaft nicht benachteiligt werden. Sie haben Anspruch auf die gleichen Hilfen und Sozialleistungen wie alle Bürgerinnen und Bürger. Das ist im Grundgesetz festgelegt.

1. Was tut die Ratsgruppe **BÜRGERNÄHE**, damit die UN-Konvention verwirklicht wird?

Der Rat der Stadt Bielefeld hat ein entsprechendes Handlungskonzept beschlossen. Wir setzen uns für die konkrete Umsetzung ein!

Allgemeine Grundsätze der UN-Konvention sind

- a) Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, der Autonomie des Einzelnen, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie der Unabhängigkeit der Person;
- b) **Nichtdiskriminierung z.B. durch Sonderschulen, diese heißen zwar heute Förderschulen: Die Eltern sollen jedoch das Recht haben, jede Regelschule ihrer Wahl für ihr Kind zu wählen!**
- c) volle und wirksame Teilnahme und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben:

Wir setzen uns ein, für

- **Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und in den städtischen Eigenbetrieben,**
- **die Herstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Wir wollen:**
 - **den Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden behindertengerecht gestalten,**
 - **an allen Stadtbahnhaltestellen Hochbahnsteige: An der neuen Detmolder Straße fehlen diese an den Haltestellen Teutoburger und August-Bebel-Straße. Sie fehlen in der Hauptstraße in Brackwede und sogar an der Haltestelle am Städtischen Krankenhaus.**
 - **ausreichend breite Bürgersteige. An der neuen Detmolder und anderen neuen Straßen in Bielefeld sind diese wieder viel zu schmal.**
 - **Bürgersteige von parkenden Autos befreien, damit Bürgersteige barrierefrei von behinderten und nicht behinderten Menschen über-**



haupt und gefahrlos genutzt werden können.

- **ausreichend behindertengerechte Wohnungen. Wir sind für die Einrichtung von Wohngemeinschaften mit Bereitstellung der darüber hinaus notwendigen Hilfen.**
- d) Respekt vor der Unterschiedlichkeit sowie Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen als Teil der menschlichen Vielfalt und des Menschseins: **Dies**

Offener Brief an die Geschäftsführung der Stadtwerke Bielefeld, Wolfgang Brinkmann und Friedhelm Rieke vom 1. November 2009

Sehr geehrter Herr Brinkmann, sehr geehrter Herr Rieke,

im Hinblick auf den geplanten Rückkauf der Stadtwerkeanteile von den Stadtwerken Bremen, fordert **BÜRGERNÄHE** die Stadtwerke Bielefeld auf, umgehend ein Energiekonzept bis 2030, orientiert an dem im Mai 2009 mehrheitlich verabschiedeten Antrag im Rat der Stadt der Öffentlichkeit vorzustellen.

BÜRGERNÄHE fordert die Stadtwerke auf, bereits vor einem Rückkauf als zukünftiger Alleingesellschafter der Stadtwerke Bielefeld GmbH im Unternehmen die Weichen für eine nachhaltige und an den Klimaschutzzielen der EU orientierten Energieversorgung zu stellen und eine Stromerzeugung für die Region zu

planen, die ab 2018 ohne Atomstrom auskommt.

Dies ist vor allem aufgrund der bekannten, unkalkulierbaren Gefahren und Risiken durch das Betreiben von Atomkraftwerken und der immer noch völlig ungesicherten Endlagerung der Atomabfälle eine Forderung von **BÜRGERNÄHE**.

Der Atomausstieg war das Prestigeprojekt der letzten rot-grünen Bundesregierung. Laut dem so genannten Atomkonsens, der 2000 unter Rot-Grün beschlossen wurde und seit 2002 Gesetz ist, sollen alle Kernkraftwerke der Bundesrepublik Deutschland bis ins Jahr 2020 abgeschaltet werden. Dies gilt auch für Grohnde, dessen Stilllegung für 2018 geplant ist.

Die Stadtwerke hatten seit 2002 ausreichend Zeit, ihre Geschäftspolitik an der politischen Gesetzeslage auszurichten. Bis heute verkaufen sie jedoch immer noch zu 60% Atomstrom. Damit liegen sie an der Spitze

sollten Kinder und Jugendliche bereits in Tageseinrichtungen als Teil des Alltags lernen und einüben!

e) Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung!

f) **Barrierefreiheit in der Wohnung, im öffentlichen Raum und bei der Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)**, in Gebäuden, Straßen, Transportmitteln sowie andere Innen- und Außen-einrichtungen, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischen Einrichtungen und Arbeitsstätten

g) **Informations-, Kommunikations- und andere Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste für alle zugänglich machen**

h) In öffentlich zugänglichen Gebäuden und anderen Einrichtungen Beschilderungen in Brailleschrift und in leicht lesbarer und verständlicher Form anzubringen

i) Den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, einschließlich des Internets, zu fördern

j) Gestaltung, Entwicklung, Herstellung und den Vertrieb von barrierefreien Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen in einem frühen Stadium zu fördern, damit diese mit möglichst geringem Kostenaufwand zugänglich werden.

2. Was tun die Ratsvertreter von BÜRGERNÄHE für

bundesweiter Stadtwerke. Der derzeitige Anteil von selbst erzeugter Energie aus regenerativen Energiequellen liegt bei den Stadtwerken dagegen nur bei 3 – 4%. Beim Fehlen schlüssiger Konzepte für die Zukunft, vor allem für die Zeit nach 2018, laufen die Stadtwerke Bielefeld Gefahr, dass Ihre Kunden zu Energieanbietern abwandern, die verstärkt oder ausschließlich regenerative Energiequellen nutzen.

Auch wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung jetzt den Ausstieg aus dem Atomausstieg plant, geht **BÜRGERNÄHE** weiterhin davon aus, dass sich die Mehrheit im Rat der Stadt Bielefeld nicht den veränderten Marktmechanismen beugt, sondern durch politische Entscheidungen auch bei den Stadtwerken Bielefeld, weiterhin die Weichen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik und -erzeugung stellt. Alles andere wäre Wahlbetrug!

Ob sich ein Rückkauf der Stadtwerkeanteile von den

Menschen mit Behinderungen?

Wir fordern: alle Schulen öffnen für alle Kinder! Gerade die Bielefelder Bürgerinitiativen haben sich im Rahmen von Verkehrsplanungen für Barrierefreiheit, insbesondere auch für Fußgängerinnen und Fußgänger eingesetzt.

3. Familien mit behinderten Mitgliedern leiden besonders unter sozialer und wirtschaftlicher Diskriminierung. Negative Einstellungen in der Gesellschaft bezüglich Behinderungen werden oft gegen die gesamte Familie des behinderten Menschen gerichtet. Die Betreuung eines behinderten Familienmitglieds schränkt die Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit des Betreuers ein.



Die Mitgliedsstaaten müssen daher sicherstellen, dass die Behinderung eines Familienmitgliedes die wirtschaftliche Situation der Familie nicht benachteiligt. Es sollte nicht verlangt werden,

dass Familienmitglieder unbezahlte, über das normale Maß hinausgehende Betreuungsleistungen erbringen müssen.

4. Wir setzen uns dafür ein, dass es in Bielefeld mehr öffentliche und barrierefreie Toiletten gibt. **Diese sind nicht nur besonders notwendig für Menschen mit Behinderungen, sondern auch für Senioren!**

Stadtwerken Bremen wirklich lohnt, ist aus Sicht von **BÜRGERNÄHE** davon abhängig, ob die Stadtwerke Bielefeld verstärkt in Beteiligungen an der Energieerzeugung durch Wind (Offshore), Sonne und Biogas investieren, zeitnah aus der Atomenergie aussteigen werden und darüber hinaus alle Potentiale zur Energieeinsparung und der Steigerung der Energieeffizienz nutzen und ihren Kunden nahebringen.

Eine Zustimmung von **BÜRGERNÄHE** für einen Rückkauf der Stadtwerkeanteile von den Stadtwerken Bremen wird sich an den vorliegenden Forderungen von **BÜRGERNÄHE** orientieren.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Schmelz
Sprecher der Ratsgruppe BÜRGERNÄHE

Noch lässt eine Antwort auf sich warten!

BÜRGERNÄHE fordert: Angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle!

Lässt die Politik sozial schwache Mieter im Stich?

Die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus ist unverzichtbar. Familien mit geringem Einkommen können heute kaum noch bezahlbare Wohnungen bekommen.

Es wäre unverantwortlich, diesbezüglich allein auf die Marktkräfte zu vertrauen. Dabei würden die Familien übersehen werden, die sich am Markt nicht selbst angemessen mit Wohnraum versorgen können und deshalb der gezielten Unterstützung bedürfen.

Stadtteile oder -viertel verändern sich: Zu- und multikulturelle Einflüsse können Milieus der Ärmlichkeit erzeugen.

Falsche Entscheidungen in der Bielefelder Stadtentwicklung waren:

- die ungezügelter Entwicklung von Gewerbegebieten und Industrie, z.B. in Oldentrup, zu Lasten der Lebens- und Wohnqualität in diesem Stadtteil,
- Umstrukturierungen ganzer Stadtteile, ohne Alternativen zu prüfen und zu berücksichtigen, wie z.B. die Entwicklung und Bebauung der Langen Lage am Stadtrand von Bielefeld, statt einer Entwicklung des Bielefelder Ostens,
- Neue Bebauungsgebiete "auf der grünen Wiese", ohne ausreichende Anbindung an den ÖPNV, statt Verdichtung innerhalb der Stadt und Förderung der Altbausanierung.

Veränderte Erwerbsstrukturen und der demographische Wandel erfordern zunehmend mehr soziale Sicherung, Betreuung und preiswerte Mobilität. Die Bewältigung der demographischen Entwicklung ist wohl nur durch die Entwicklung besonderer Wohnformen im Al-

ter sozialverträglich und menschenwürdig zu gestalten.

Wenn der Mangel an bezahlbarem Wohnraum weiter zunimmt, gefährdet dies den sozialen Frieden, verfestigen sich in bestimmten Stadtteilen Milieus, in denen menschenwürdiges Wohnen nur schwer möglich ist.



Vorschläge für Bielefeld:

Wir wollen die besondere Förderung von Mietwohnungs- und Eigentumsmaßnahmen in städtischen Gebäuden, die zentral liegen. Dies sind z.B. die Gebäude der Stadtbibliothek und das Verwaltungsgebäude an der Ravensberger Straße. Diese sind verkehrstechnisch gut angebunden und sollten von der Bielefelder Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft sowie von Bielefelder Genossenschaften übernommen werden, bevor sie privaten Investoren überlassen werden.

Wir wollen die Förderung des genossenschaftlichen Wohnens und die energetische Modernisierung von Altbauwohnungen.

Wir wollen einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden und ökologische Anforderungen an den Bau von neuem Wohnraum.

Ziele unserer Mietwohnraumförderung sind:

- Die Bildung von Wohneigentum für Haushalte, die ohne Unterstützung dazu nicht in der Lage sind. Dabei sollen insbesondere Familien und Menschen mit Behinderungen gefördert werden.
- Die Förderung genossenschaftlichen Wohnens mit lebenslangem Wohn- bzw. Nutzungsrecht der Genossenschaftsmitglieder.
- Den Erhalt oder die Wiederherstellung der städtebaulichen und sozialen Funktion älterer Wohnviertel.



Redebeitrag zum Antrag der SPD-Fraktion in der Ratssitzung vom 26. November 2009: Hilfe aus einer Hand für Langzeitarbeitslose muss erhalten bleiben

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

Mit Ihrem Antrag arbeiten Sie von der SPD immer noch an Harz IV, wie wenn Sie „mit einem Messer in einer offenen Wunde bohren!“

Die Zielidee von Hartz IV, nämlich Menschen ohne Arbeit wieder dahin zu bringen, dass sie auch wirklich arbeiten und eigenes Geld verdienen können, ist verfehlt. Dafür ist etwas anderes, wirklich Schlimmes angerichtet worden. Hartz IV ist zum Schimpfwort geworden, davon zu leben ist ein Makel und wirkt bei vielen Menschen wie ein Stempel: „Abgehängt, aus der Gesellschaft ausgesperrt.“ Man zwingt sie zur Billigarbeit, wobei die „1-€-Jobs“ die zynischste Variante davon darstellt. Denn diese, offiziell als Eingliederungsmaßnahmen deklariert, können von Hartz IV-Betroffenen bei Androhung von Sanktionen nicht abgelehnt. Die Betroffenen werden dafür bestraft, dass es meist keine, auch nur ansatzweise fair bezahlte Arbeit für sie gibt. Sie werden so in permanenter Existenzangst gehalten.

In manchen Schulen steht die Vorbereitung auf ein Leben mit Hartz IV auf dem Lehrplan der letzten Klasse. Bevor die Schülerinnen und Schüler die Schule verlassen, so

die Lehrer, sollten sie doch wenigstens lernen, wie man sich ein Leben in Hartz IV sichert, wie viel Wohnraum man beanspruchen darf und welche Zulagen es möglicherweise gibt. Hartz IV hat zu einer solchen zynischen Pädagogik geführt.

Lassen sie die Therapie an den Symptomen! Fordern sie mit uns „Hartz IV muss weg“. Wir brauchen ein neues Modell, bei dem es nicht nur um eine angemessene finanzielle Grundsicherung für Menschen ohne eigenes Einkommen geht, sondern um einen Neuanfang in der Sache.

Weiter die Leute trietzen und gängeln, sich Arbeit zu suchen, die es entweder gar nicht gibt, die unterbezahlt ist oder Arbeit mit kaum zumutbaren Bedingungen? Lassen Sie uns heute eine bedingungslose Grundsicherung für jedermann fordern. Damit könnten wir uns alle viel Not, Elend und Kosten sparen.

Auch wenn wir dies nicht heute, hier und jetzt umsetzen können, schon unser gemeinsames Bekenntnis dazu würde das Stigma, das auf den Menschen lastet, die aus welchen Gründen auch immer ohne Erwerbsarbeit sind, abgemildert. Der Traum von der Vollbeschäftigung und Erwerbsarbeit für alle ist schon lange ausgeträumt. Spätestens beim nächsten wirtschaftlichen Abschwung wird uns das noch erschreckender vor Augen geführt werden.

Deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen!

Martin Schmelz
Sprecher der Ratsgruppe BÜRGERNÄHE

MoBiel übernimmt die Bus-Linien der BVO

Die Unternehmensentscheidung der BVO, sich zukünftig aus dem ÖPNV zurückzuziehen, ist aus Sicht von BÜRGERNÄHE bedauerlich, da Bielefeld damit ein größeres ÖPNV-Unternehmen verliert.

Wir sehen deshalb die Abgabe der Konzessionen an moBiel als nicht unproblematisch an. Die BVO fährt die Linien bislang weitestgehend eigenwirtschaftlich, ohne Zuschüsse der Stadt!



Da es sich bei moBiel um ein quersubventioniertes Unternehmen handelt, kann die Übernahme zu einem unkontrollierten Kostenzuwachs im ÖPNV führen. Denn wegen der Noch-Möglichkeit der Quersubvention innerhalb der Stadt-

werke gilt moBiel, trotz 18 Millionen € Jahresverlust, als „eigenwirtschaftlich“. Solange dies noch möglich ist, **machen sich wohl nur wenige darüber große Gedanken, alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung des Unternehmens moBiel und des ÖPNV insgesamt auszuschöpfen.**

Mit der Übernahme der Linien von der BVO wird moBiel praktisch zu einem Monopolanbieter für den Straßenbahn- und Busverkehr in Bielefeld, der sich zudem nicht dem Wettbewerb stellen muss. Es ist zu befürchten, dass Qualitätsstandards (z.B. Verkauf aller „Sechser“ Fahrscheine im Bus bei der BVO) nicht mehr eingehalten werden, zumal es keine Verkehrsverträge gibt.

Dies ist besonders in Bereichen ohne Vorverkaufsstellen schon heute ein echtes Problem, z.B. auf der Linie 21, die BVO und moBiel mit gemischten Umläufen fahren. Wer spontan Vierer- oder Wochenkarten haben will, kann heute nur auf einen BVO-Bus hoffen oder auf die Linie 62 warten, die GO.ON fährt. Auch dort werden alle „Sechser“-Fahrscheine verkauft.

Quersubventionen sind bereits heute in den meisten europäischen Ländern verboten. Bislang wehrt sich die deutsche Regierung, dieses Verbot europaweit einheitlich zu handhaben. Irgendwann wird dies kommen, **dann werden Städte mit quersubventionierten Monopolunternehmen Probleme bekommen.**

Wir wollen nicht nur deshalb schon heute den Einstieg in eine moderne, kundenfreundliche Organisation des ÖPNV.

Eine städtische, von moBiel oder einem anderen Unternehmen unabhängige Gesellschaft, könnte alle Konzessionen für den Busverkehr übernehmen und verschiedene Verkehrsunternehmen per Ausschreibung für die Bedienung der Buslinien bestimmen.

Ein solches, unabhängiges Unternehmen sollte die Organisation des Stadtverkehrs bündeln. Es sollte neben dem ÖPNV zudem auch für die städtischen Parkhäuser und für den Fahrradverkehr, was Planung und Bürgerberatung angeht, zuständig sein.

Diese (neue) städtische Gesellschaft könnte weiterhin ein Kundenbüro für den ÖPNV/SPNV betreiben und damit eine unternehmensunabhängige Mobilitätsberatung verwirklichen, auch für den Bahnverkehr!

Ratsgruppe BÜRGERNÄHE: Ihre bürgernahe Vertretung im Bielefelder Stadtrat

Wir Mitglieder im Rat der Stadt setzen uns für mehr direkte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an städtischen Planungen und kommunalen Entscheidungen ein. Deshalb fördern wir besonders das Engagement in BürgerInnen-Initiativen.

Wir arbeiten für die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt, für den Schutz der Natur und den Klimaschutz. Gemeinsam wollen wir eine weitgehend lärm- und verkehrsberuhigte Bielefelder Innenstadt. Wir fordern u.a. sowohl für die Detmolder als auch für andere Straßen Vorrang für umweltfreundliche Mobilität, wie den Fuß- und Radverkehr und die Stadtbahn. Wir sind für einen Stopp der Planungen für die L712n und gegen einen Neubau der Herforder und Grafenheider Straße.

Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligung in der Bielefelder Kommunalpolitik!

Übersicht über Bielefelder Bürgerinitiativen:

„Bürgerinitiative L 712 NICHT SO e.V.“
Ulf Blumenstock, Tel. 0521-761247, uдинbl@t-online.de

„Bürgerinitiative Brake-Grafenheide & Johannisbachau“
Katrin Laker, Tel. 0521-771255, www.johannisbachau.de

BürgerInneninitiative "SICHERE Detmolder Straße"
Rita Stuke, Tel. 0521/23 19 8, info@detmolderstrasse.de

„BI gegen B66n Verein für den Erhalt und die Förderung von Lebensqualität in Bielefeld e.V.“
Gerd Bobermin, Tel.:0521- 9687613

"Netzwerk Tierrechte OWL"
Postfach 21 91 38, 33697 Bielefeld, info@tierrechte-owl.de

"Initiative Schutz der Sennedünen"
M. Wennemann, Ralf Fehring, Tel. 0521-403429, foffing@gmx.de

„Bürger für Ummeln e.V.“
Karola Kornfeld-Mattusch, Tel. 0521-150690

Bürgerinitiative "STOP FLUGPLATZBAU"
Hans-Joachim Ludwig, Tel. 0521-401333

Bürgerinitiative "Saubere Luft im Westen von Brake"
Rainer Rupprecht Tel. 0521- 761597

Bürgerinitiative Lange Lage "BiLL e.V."
Schloßhofstr. 201, 33615 Bielefeld, bill@langelage-bielefeld.de

Bürgerinitiative Windflöte gegen Ortsumgehung (BWgO) e.V.
Olaf Strothmann, 0521-401456, of.stro@bitel.net

Sprechen Sie uns an!



**Gruppe im Rat der Stadt Bielefeld
Altes Rathaus
Niederwall 25
33602 Bielefeld
Tel.: 0521-515077
Fax: 0521-518046**

**Email:
buergernaeh.e.ratsgruppe@bielefeld.de**

**Internet:
www.buergernaeh.e.de**

***Werden auch Sie mit uns aktiv!
Setzen auch Sie sich für mehr
Bürgerrechte ein!***

***Wir brauchen auch Ihre
Unterstützung!***